

1945 Das Ende des Zweiten Weltkrieges, Deutschlands Zusammenbruch und die zweite Wiederherstellung des polnischen Staates

von Czesław Madajczyk

War das Jahr 1945 ein Wendepunkt in den polnisch-deutschen Beziehungen und wenn ja, inwiefern? Wir werden nach einer Antwort auf diese Frage suchen. Sie ist um weitere Fragen zu ergänzen: Wie und inwiefern wurde dieser Zeitpunkt der Geschichte damals als Wendepunkt angesehen, wie wird er heute eingeschätzt, und welche Ähnlichkeiten und Unterschiede kann man notieren? Was bedeutete er in der Geschichte Polens, was in der Geschichte Deutschlands? — Auf diese Frage habe ich mit Christoph Kleßmann versucht, während der XVIII. Sitzung der gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission im Jahre 1985 eine Antwort zu finden.¹ Deutsche Historiker bezeichneten und bezeichnen die damalige Situation Deutschlands mit unterschiedlichen Stichworten. Zwei dieser Bezeichnungen scheinen eindeutig: „das Ende des Reiches“ und „der absolute Tiefpunkt der deutschen Geschichte der Neuzeit“;² während eine andere, die sehr interessante Formel „Stunde Null“ von Kleßmann ernsthaft in Frage gestellt wird, weil sie der objektiven Sachlage nicht entspreche. Erfolglos suche ich dagegen nach einer entsprechenden Bezeichnung für die damalige Situation Polens. Die Kompliziertheit seiner Lage widerspiegelt weder die fast ein halbes Jahrhundert lang benutzte offizielle Qualifizierung „Anfang Volkspolens“ noch die Bezeichnung „das Volk nach der Niederlage“, geprägt von dem hervorragenden, bereits verstorbenen polnischen Publizisten Edmund Osmańczyk.

Im Jahre 1945 kam es zu für Europa wichtigen politischen Entscheidungen, in Polen und im besetzten Deutschland traten Ereignisse ein und offenbarten sich Tendenzen in der Politik und in den Stimmungen der Bevölkerung, die sich fast ein halbes Jahrhundert lang mehr oder weniger auf die polnisch-deutschen Beziehungen ausgewirkt haben. Das betrifft die offiziellen wie die inoffiziellen Beziehungen, worunter ich die Kon-

¹ Deutschland und Polen von der nationalsozialistischen Machtergreifung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, hrsg. v. W. Jacobmeyer. Braunschweig 1986, S. 135-157.

² R. Hansen, Das Ende des Dritten Reiches. Die deutsche Kapitulation 1945. Stuttgart 1966, S. 11.

takte von Vertretern der Kirchen³ und den Druck der Landsmannschaften verstehe, wie auch die privaten Kontakte.⁴

Ich bin der Meinung, daß sich nach dem Krieg vier Tatsachen und Bewußtseinszustände am stärksten auf die polnisch-deutschen Beziehungen auswirkten: die Aufteilung des besiegten Deutschlands und die Änderung seiner Ostgrenze, die Beseitigung der Deutschen aus den ehemals deutschen, an Polen angeschlossenen Territorien, eine zunehmende Feindseligkeit auf beiden Seiten sowie die Schwierigkeiten in der Lösung der Frage der Repolonisierung der während des Krieges germanisierten und autochthonen Bevölkerung.

Diesen vier Tatsachen und den Zuständen des gesellschaftlichen Bewußtseins sind meine Überlegungen gewidmet. An erster Stelle ist die Aufteilung des besiegten Deutschlands für fast ein halbes Jahrhundert sowie die Änderung der polnisch-deutschen Grenze (Oder-Neiße), deren bedeutende Verschiebung nach Westen zu berücksichtigen. Die Zahl der Besatzungszonen verringerte sich unter den Bedingungen der Nachkriegskonfrontation Ost- und Westeuropas (Trizone, Bizone), seit 1949 festigte sich für über 40 Jahre die Teilung in zwei deutsche Staaten (Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik) sowie Westberlins mit einem Sonderstatus.

Die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen wie auch die Auflösung Preußens⁵ schienen die Beseitigung oder langfristige Schwächung des deutschen Einflusses wenn nicht überhaupt auf den Lauf der europäischen Fragen, so zumindest in der Region Mitteleuropa anzukündigen. Man konnte sogar den Eindruck gewinnen, daß es das Ende des Deutschland in dieser Region sei.

Die Aufteilung des Dritten Reiches in vier Besatzungszonen wurde in Polen als normale Konsequenz der militärischen Niederlage und begründete Strafe angesehen. Beunruhigung weckte hier das rasche Abrücken davon in der Atmosphäre der Antagonismen, die unter den Besatzungsmächten auftraten, was in dem Zusammenschluß der westlichen Besatzungszonen seinen Ausdruck fand. Nichtsdestoweniger widersetzten sich

³ Die Kirchen behielten in den Besatzungszonen Deutschlands großen Handlungsspielraum.

⁴ Die letzteren umfaßten nach der bedingungslosen Kapitulation einerseits die Einstellung gegenüber Deutschen bei jenen Polen, die während des Krieges als Zwangsarbeiter oder als Häftlinge im Reich gewesen waren, andererseits die Einstellung zu den Volksdeutschen und den ehemaligen Bewohnern der deutschen Gebiete, die Polen durch die Entscheidung der Siegermächte zugewiesen wurden.

⁵ Vgl. A. Lawaty, *Das Ende Preußens in polnischer Sicht. Zur Kontinuität negativer Wirkungen der preußischen Geschichte auf die deutsch-polnischen Beziehungen.* Berlin 1986.

die polnischen Behörden in ihrer offiziellen Stellungnahme der Festigung der Aufteilung Deutschlands durch die Besatzungsmächte, während die damaligen Stimmungen der Bevölkerung in dieser Frage weniger eindeutig gewesen zu sein scheinen. Man gewinnt den Eindruck, daß das größte Interesse der polnischen öffentlichen Meinung der Entscheidung der Koalition über die Auflösung Preußens galt, das als Urheber vieler nationaler Tragödien Polens und als das Urbild des Dritten Reiches angesehen wurde.

Das Problem der Grenzen Polens war während des Zweiten Weltkrieges eines der wichtigsten in den Konzeptionen und der Tätigkeit der verschiedenen Zentren des polnischen politischen Denkens. Allerdings geriet in dem politischen Lager, das mit der polnischen Exilregierung verbunden war, die Frage der Westgrenze immer mehr in den Hintergrund, verglichen mit dem Programm der Erhaltung der Rigaer Grenze im Osten. Bis zur Potsdamer Konferenz gab es keine Sicherheit, was die Neuerwerbungen im Westen anbetraf; in dieser Situation bestand man fest, wenn auch hoffnungslos auf der Vorkriegsgrenze im Osten. Nach Abschluß des Krieges erlag die Situation einer Veränderung, die Verschiebung der westlichen Grenze wurde von den Polen, die sich — wenngleich nur formal — im Lager der Sieger befanden, als unantastbar empfunden. Man war der Meinung, daß dies von seiten der Deutschen der bedeutsamste Akt der Genugtuung sei. In dieser Hinsicht herrschte eine ungewöhnliche Übereinstimmung der Anschauungen in der polnischen Bevölkerung, und die Endeken, die Anhänger der ehemaligen Nationaldemokratie, ließen den kommunistischen Behörden Polens in dieser Einstellung eine entschiedene Unterstützung zuteil werden.

Die Entscheidung über den Anschluß der östlichen und nördlichen Gebiete des Reiches an Polen war leicht zu begründen: politisch als Wiedergutmachung für die im Osten verlorenen Territorien und als Teilstück der Entscheidung über die Auflösung des gefährlichen Preußens; strategisch als Garantie der europäischen und polnischen Sicherheit (ohne die Bedrohung durch ein vorgeschobenes Ostpreußen, eine Grenze in Anlehnung an die Linie von Flüssen und des Meeres); historisch und ideologisch mit dem Argument einer Rückkehr nach Jahrhunderten von alten Piastengebieten, die offiziell als „wiedererlangte Gebiete“ bezeichnet wurden; zivilisatorisch als Gewinn von Territorien, die wesentlich besser ausgestattet waren als Ostpolen, das der Sowjetunion zufiel; wirtschaftlich als Rohstoffbasis, die Polen sicherstellte.

Besonders wichtig war die erste der Begründungen. Infolge von Verlusten und Erwerbungen verminderte sich das vor dem Krieg 313 000 km² umfassende Gebiet des polnischen Staates um 79 000 km², das heißt um

20%, während die Gebietsverluste Deutschlands 18% betragen. Für Polen war das also sozusagen ein Minimum an Wiedergutmachung. Bei einem Mitte 1946 durchgeführten Referendum sprachen sich für die Grenze an Oder, Lausitzer Neiße und Ostsee 66% der Teilnehmer aus.⁶ Wenn in dieser Option besonders das Ergebnis der Antworten auf die erste der drei Fragen, die sich auf politische Grundprinzipien bezog, gefälscht wurde, dann scheint in bezug auf die dritte Frage — Zustimmung zur Westgrenze — das angegebene Ergebnis glaubwürdig zu sein, und die negativen Stellungnahmen gaben wohl „Leute von jenseits des Bug“ ab, die sich nicht mit dem Verlust von Lemberg, Wilna und anderen Ostgebieten abfinden konnten.⁷ Ziemlich lange war allerdings diese Überzeugung von der Unabänderlichkeit der neuen Westgrenze nicht gleichbedeutend mit der Gewißheit, daß diese Gebiete für immer bei Polen bleiben würden. Anfangs kann die Raubwirtschaft, die Ankömmlinge aus verschiedenen Teilen des Landes hier betrieben, dies bezeugen, später das Gefühl des Provisoriums, das bei ihnen und bei den Repatrianten-Ansiedlern auftrat.

Im Empfinden der Deutschen dagegen war dies eine ungerechte Grenze ohne Dauer, schlimmer als die Ostgrenze der Zwischenkriegszeit, die in der Propaganda als „die brennende Grenze“ bezeichnet worden war. Diese Diskrepanz der Empfindungen nährte sich auch aus der Vieldeutigkeit der diesbezüglichen Formulierungen im Potsdamer Abkommen. Manche Historiker betrachten es als das umstrittenste Dokument des Völkerrechts im 20. Jahrhundert. Jahrzehntlang ermöglichte es den Juristen der einen Seite, den dauerhaften und endgültigen Charakter der Vereinbarungen zu begründen, während die andere Seite ebenso überzeugend das Provisorische dieser Entscheidung beweisen konnte, die noch nicht die endgültigen Beschlüsse einer Friedenskonferenz vorwegnahm. Die Versicherungen von James Byrnes im September 1946, daß das Ausmaß der polnischen Erwerbungen „erst bei einem endgültigen Abkommen“, also auf der Friedenskonferenz, festgelegt werde, unterstützte die Beweisführung der zweiten Gruppe, unabhängig von den Intentionen dieses Diplomaten. Ein

⁶ Offiziell 91% (s. die Verifizierung der Ergebnisse des Referendums durch Andrzej Paczkowski in: *Rzeczypospolita* vom 21./22. Januar 1993). Am Referendum beteiligten sich 85% der Abstimmungsberechtigten.

⁷ Selten waren Demonstrationen für eine Wiedergewinnung der Ostgebiete, die übrigens brutal unterdrückt wurden. Eine solche organisierten 1945 die Krakauer Studenten. E. Dmiatrów, *Niemcy i okupacja hitlerowska w oczach Polaków. Poglądy i opinie z lat 1945–1948* (Die Deutschen und die nationalsozialistische Okkupation in den Augen der Polen. Anschauungen und Einschätzungen in den Jahren 1945–1948). Warszawa 1987, S. 227.

anderes wichtiges Argument der antipolnischen Propaganda sollte die angebliche Unfähigkeit der polnischen Behörden sein, die ehemals deutschen Gebiete zu bewirtschaften. Günter Grass bemerkte treffend, daß sowohl die deutschen als auch die polnischen Entstellungen der Abkommen von Jalta und Potsdam von der Voraussetzung ausgingen, daß hier „urdeutsche Provinzen“ verlorengegangen, „urpolnische Gebiete“ zurückgewonnen seien.⁸

Nach einiger Zeit nahmen sozusagen zwei Grenzen in einigen hundert Kilometern Entfernung Gestalt an; die direkte mit der DDR bezeichnete man als Grenze des Friedens und der Freundschaft, die an der Elbe, die die Grenze des sozialistischen Blocks absteckte, als Grenze der Sicherheit.

Wenn im Laufe der Zeit in der BRD revisionistische Stimmungen und revanchistische Bestrebungen schwächer wurden, so scheinen unter den wichtigen Ursachen drei am wichtigsten zu sein. Beeinflusst wurde dieser Prozeß durch die neue Erfahrung deutscher Politiker und Historiker, daß eine territoriale Expansion nicht mehr rentabel ist und daß zwei in ihrem Namen geführte Weltkriege zu katastrophalen Ergebnissen geführt hatten. Nicht die Größe besessenen Gebiets entschied über den politischen, wirtschaftlichen Rang, sondern die Dynamik der Entwicklung. Die zweite Ursache sehe ich in der Abneigung gegen Preußen, die bei einem Teil der Politiker und in der Gesellschaft Westdeutschlands hervortrat, deutlich auch bei dem Kanzler Konrad Adenauer. Die dritte schließlich sehe ich in der Tiefe der demokratischen Wandlungen in Westdeutschland, die es ermöglichte, im Bewußtsein der Gesellschaft einen Umbruch herbeizuführen. Während daher nach dem Ersten Weltkrieg der territoriale Revisionismus im Osten eine ziemlich allgemeine Erscheinung war, verlor er nach dem Zweiten rasch an Anhängern; propagiert wurde oder — wie man gelegentlich in Polen behauptet — wird er erstaunlich lange von Leuten aus dem Kreis der durch die Aussiedlungen Benachteiligten oder von den Landsmannschaften.

Im Polen des Jahres 1945 sank die politische Bedeutung des besiegten Deutschlands. Sein Einfluß auf die europäische Politik war seither für lange Zeit gleich Null, zugleich war seine moralische Reputation erschreckend heruntergekommen. Dennoch war es, so klar man Deutschlands Schwäche empfand, nicht bloße Propaganda, wenn Polen sich gern der eigenen Überlegenheit vergewisserte und die Behörden vor einer Wie-

⁸ G. Grass, *Na przykład Chodowiecki. Polacy i Niemcy: czy to się może dobrze skończyć?* (Zum Beispiel Chodowiecki. Polen und Deutsche: kann das ein gutes Ende nehmen?), in: *Polityka* Nr. 27 vom 6. Juli 1991.

dergeburt der Macht und einem territorialen Revisionismus Deutschlands warnten. Es ergab sich aus Befürchtungen, der Ablauf der Ereignisse nach dem Ersten Weltkrieg könne sich wiederholen, als dieses Land sich schnell der internationalen Überwachung entzogen hatte.⁹ Nur jemand, der schon damals die Unbeständigkeit der antifaschistischen Koalition und das Entstehen zweier feindlich zueinander eingestellten Blöcke auf deren Trümmern voraussah, konnte sich die Frage stellen: Wie lange wird der neue Status quo in Europa dauern? Der bereits erwähnte Osmańczyk, Autor des Buches „Był rok 1945“ (Man schrieb das Jahr 1945), das übrigens im Frühjahr und Sommer des darauffolgenden Jahres geschrieben wurde, bemerkte als einer von wenigen, daß es zu keinem vollständigen Zusammenbruch des deutschen Volkes gekommen war und daß das besiegte Deutschland den Großmächten im Rang näher stand als Polen, und das dank solcher Werte wie Arbeitsamkeit und Rechtschaffenheit. Indem er auf die Anfänge der deutschen Anstrengungen um den Wiederaufbau des zerstörten Landes aufmerksam machte, stellte er die Frage: Werden wir uns mit ihnen messen können? Schon damals spürte er intuitiv, daß den Frieden diejenigen gewinnen werden, die besser und produktiver arbeiten.¹⁰ Meine wesentlich spätere Reflexion in dieser Frage, die dem Denken jenes Publizisten nahesteht, war ein Artikel aus dem Jahre 1982, der fragte: Sind die zwei von Deutschland verlorenen Weltkriege für dieses Land eine Quelle der Schwäche oder der Stärke geworden?¹¹ Ich bestätigte, daß die Deutschen es verstanden, Schwäche in Stärke zu verwandeln.

Zweites wichtiges Ereignis war die Beseitigung der Deutschen aus Polen in dessen neuen Grenzen, bezeichnet als Aussiedlung oder Vertreibung.¹² Während des Krieges hatte in dem besetzten Land die Überzeugung dominiert, daß ein Zusammenleben der Polen mit Volksdeutschen nach dessen Ende unmöglich sein werde. In der Phase der Kriegsevakuierung wanderte ein beachtlicher Teil von ihnen ins Innere des Reiches ab, viele

⁹ In der polnischen Gesellschaft weckte es größte Unruhe, als im Sommer 1946 Staatssekretär James Byrnes das Potsdamer Abkommen in Frage stellte und mit einer Revision der polnisch-deutschen Grenze lockte.

¹⁰ Um im Wettbewerb mitzuhalten, mußten u.a. die Erfahrungen genutzt werden, die während der Zwangsarbeit in Deutschland, besonders in der Landwirtschaft gemacht worden waren. Das wird aber übersehen. Von Einfluß darauf konnte die Stärke des Widerwillens gegenüber allem Deutschen sein, auch die Stimmen der Presse, es gebe nichts nachzuahmen, da die positiven deutschen Eigenschaften zu verbrecherischen Zwecken mißbraucht worden waren.

¹¹ C. Madajczyk, Die Niederlagen Deutschlands in zwei Weltkriegen — Eine Quelle künftiger Stärke oder Schwäche?, in: Polnische Weststudien 1 (1982), H. 2.

¹² Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Bd. 2, München 1984.

fanden den Tod, als sie im letzten Augenblick vor der nahenden Front unter den Bedingungen eines harten Winters evakuiert wurden und sich plötzlich in Reichweite der Kriegshandlungen der Roten Armee befanden.

Nach der Übernahme der Territorien östlich von Oder und Lausitzer Neiße durch die polnische Verwaltung, vollzogen aufgrund einer Vereinbarung mit der Regierung der UdSSR, gab es ein halbes Jahr lang keine bindende Antwort auf die Frage, was mit den mindestens 3,5 Millionen Deutschen geschehen sollte. Die Stimmungen in der Bevölkerung waren eindeutig und unstrittig: aussiedeln. Manche Polen sahen darin eine angemessene Vergeltung für die deutschen Aussiedlungen während des Krieges. Aber erst die Entscheidungen der Siegermächte in Potsdam besiegelten die Beseitigung der deutschen Bevölkerung. Und den Plan der Aussiedlung der Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn bestätigte der Alliierte Kontrollrat Ende November 1945. Aus Polen sollten die Deutschen in die sowjetische und britische Besatzungszone umgesiedelt werden. Die ganze Aktion sollte bis Juli 1946 abgeschlossen sein, was sich jedoch als unausführbar erwies. In Polen tauchte sogar eine Neigung auf, die deutsche Jugend zurückzuhalten — „zur Zwangsarbeit unter polizeilicher Aufsicht beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete“.¹³ Gesiegt hat jedoch die Tendenz, mit Einwilligung der Besatzungsbehörden der entsprechenden Zonen die ganze deutsche Bevölkerung möglichst schnell und mit rücksichtsloser Konsequenz dorthin zu transportieren. In der Gesamtbilanz wurden aus den ehemals deutschen Gebieten Polens östlich der Oder und Neiße sowie aus Ostpreußen (auch aus dem an die UdSSR angeschlossenen Teil), die während des Krieges von insgesamt etwa 10 Millionen Menschen bewohnt gewesen waren, 3,5 Millionen entfernt, darunter etwa 250 000 vor der Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens und 2 Millionen im Laufe des Jahres 1946. In Polen festigte die Durchführung dieser Aussiedlungen in der Bevölkerung die Überzeugung von der Beständigkeit der Grenze an Oder und Neiße.

Die mehrere Millionen Menschen umfassenden Verschiebungen deutscher Bevölkerung, geregelt durch Entscheidungen der vier Siegermächte,¹⁴ bildeten eine Konsequenz der Änderung der Grenzen Polens durch

¹³ B. Pasierb, *Polska myśl polityczna okresu drugiej wojny światowej wobec Niemiec* (Polnisches politisches Denken über Deutschland während des Zweiten Weltkrieges). Wrocław 1986, S. 344.

¹⁴ Sie sahen in Potsdam eine „ordnungsgemäße und humane Überführung“ der deutschen Bevölkerung vor. Die Bezeichnung „Vertriebene“ ist in der deutschen Historiographie seit 1947 in Gebrauch.

die Großmächte. Doch wie Hans-Adolf Jacobsen bemerkt — „die Evakuierung, Flucht und Vertreibung waren in erster Linie die Konsequenz des von dem NS-Regime entfesselten Krieges und seiner Vernichtungspraktiken (...)“.¹⁵ Die Potsdamer Entscheidung über die Umsiedlungen besiegelte nicht endgültig deren Ausmaße, diese bildeten erst eine Konsequenz der von den polnischen Behörden durchgeführten nationalen Verifizierung. Die Art und Weise aber, in der sich die Aussiedlungen der Deutschen durch die polnischen Behörden vollzogen, wurde besonders durch das Chaos beeinflusst, das aus einer bürgerkriegsähnlichen Situation entstanden war. Auch war während der Okkupation eine Atmosphäre des Hasses gegenüber den Deutschen gewachsen, danach kam vereinzelt ein Drang nach Rache zu Wort; hier und da wurde er toleriert, in anderen Fällen fiel es der staatlichen Verwaltung schwer, ihn zu eliminieren.

Man kann die Eingriffe der schwachen zentralen Behörden und der unbeholfenen, undisziplinierten regionalen Verwaltung bezeugen, die sich zum Ziel setzten, der Willkür oder den Gewalttaten und Mißbräuchen der polnischen Umsiedler und Einwanderer gegenüber der deutschen Bevölkerung in den ehemaligen ostdeutschen Gebieten vorzubeugen. Die polnischen Militärs versuchten, Eigenmächtigkeiten unter den Soldaten einzuschränken, die Äußerungen elementarer Vergeltungsgefühle zu stoppen, das „Marodieren“ zu bekämpfen. Die Woiwoden wiederum bedrohten Mißbräuche gegenüber den ausgesiedelten Deutschen mit strengen Strafen. Wenn es trotzdem oft zu Raubüberfällen und Requisitionen kam, wenn Lynchjustiz und Gewaltakte begangen wurden, wenn Brutalität und Grausamkeit gegenüber der Zivilbevölkerung und deutschen Kriegsgefangenen eine häufige Erscheinung war, dann erleichterten dies die bereits erwähnte, ziemlich allgemein herrschende Anarchie und die internen Kämpfe. Man muß berücksichtigen, daß nach Beendigung der deutschen Okkupation in Polen hier, anders als in den meisten Ländern Westeuropas, kein funktionierendes einheimisches Personal einer regionalen Verwaltung von aus der Emigration zurückkehrenden legalen Behörden übernommen wurde. Dieser Unterschied ergab sich daraus, daß die Besatzungsbehörden die polnische Verwaltung und Selbstverwaltung liquidiert hatten — in den eingegliederten Ostgebieten vollkommen und im Generalgouvernement zu einem beachtlichen Teil. Was ebenso wichtig ist: Viele hochqualifizierte Beamte waren der Extermination der polnischen Intelligenz zum Opfer gefallen, und ein Teil weigerte sich aus politi-

¹⁵ H.-A. Jacobsen, Zur Lage der Nation im Mai 1945, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 13 (1985), S. 11.

schen Gründen, einen Dienst im Apparat der neuen, von der UdSSR abhängigen Regierung aufzunehmen. In den neu eingegliederten Gebieten existierte außerdem die Parallelmacht der sowjetischen Militärkommandanten, die das entscheidende Wort hatten. Sie tat wenig zur Vorbeugung gegen die zahlreichen Exzesse von Marodeuren aus der Roten Armee oder die Racheakte sowjetischer Soldaten an der deutschen Zivilbevölkerung — Antwort auf das Schicksal, das früher ihre Nächsten von der Hand der Okkupanten erlitten hatten.

Die Änderung der Ostgrenze Deutschlands und die Aussiedlung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder waren Regelungen, die von den Siegermächten vereinbart worden waren. Das besetzte Deutschland, das die Konsequenzen von Kriegsaggression, Kriegsverbrechen und Völkermord zu tragen hatte, besaß, anders als nach dem vorangegangenen Weltkrieg, jetzt keinen Einfluß auf die Entscheidungen der vier Großmächte. Den inneren und internationalen Rang Polens wiederum schwächte in den Jahren 1944–1945 das verspätete, inkonsequente und, wie sich bald erweisen sollte, auch nicht dauerhafte Zusammenwirken der polnischen Politiker, die unterschiedliche Orientierungen repräsentierten, die östliche und die westliche, die kommunistische und die demokratische. Vom Vorabend der Potsdamer Konferenz an war dies die wenig effektive Beteiligung Stanisław Mikołajczyks und seiner Anhänger zuerst im Rahmen der Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit und später der Regierung der Nationalen Einheit. Wesentlicher war, daß die Entscheidungsfreiheit der polnischen Behörden durch die starke und weitgehende Abhängigkeit von der Sowjetunion oder dem Willen Stalins eingeschränkt wurde, durch die Mißachtung des Rechtes auf Souveränität.

Ich gehe zur Besprechung einer anderen Komponente des sozialen Bewußtseins über, zur Verbreitung des Bildes von den Deutschen als einer verbrecherischen, völkermordenden Nation, in extremen Fällen der Vision eines Volkes geborener Verbrecher, die sich in keiner absehbaren Zukunft ändern werden. Dieses Bild war äußerst suggestiv. Im Recht sind die Historiker, die behaupten, daß Polens Theorie des Hitlerfaschismus von den Verbrechen der Kriegs- und Besatzungszeit abgelesen wurde. Es wäre aber eine Vereinfachung, die Determinanten, die dieses Bild gestaltet haben, auf die Okkupationserfahrungen der polnischen Gesellschaft zurückzuführen.¹⁶ Einfluß hatten auch die Informationspolitik der polni-

¹⁶ Der Publizist K. Koźniewski meinte übertreibend, daß die Prozesse vor dem Obersten Volksgericht ein „umwälzendes Moment“ in der Geschichte der polnisch-deutschen Beziehungen darstellen, da zum ersten Mal polnisches Recht Deutschen, die einem Befehl ihres Volkes gefolgt waren, Gerechtigkeit zuteil werden ließ.

schen Behörden, die Literatur und die Lagerfilme, das „martyrologische“ Denken, die historische Erklärung der „uralten“ deutschen Bestrebungen in Mitteleuropa als „Drang nach Osten“. Einen besonders starken Einfluß auf die Emotionen übten die Prozesse gegen NS-Verbrecher in Polen aus,¹⁷ die in einigen Fällen verbunden waren mit öffentlichen Exekutionen als Massenschauspiel, inszeniert nach tschechischem Muster. Es wirkte sich auch die antideutsche Propaganda der Alliierten aus, intensiviert im November 1945 im Zusammenhang mit dem anlaufenden Nürnberger Prozeß, der zu einem dramatischen Weltspektakel wurde.

Die Feindschaft zwischen Polen und Deutschen in den Jahren 1945–1948 und deren Charakter hat gründlich und allseitig Edmund Dmtrów untersucht.¹⁸ Unter den schwierigen Bedingungen jener Jahre wurden natürlich keine Befragungen der öffentlichen Meinung durchgeführt; der Verfasser mußte daher eine Rekonstruktion der Einschätzungen, Stimmungen oder Emotionen der Massen auf die Meinung von Einzelnen und solcher Personen stützen, die damals in der kulturellen und politischen Welt öffentlich von Gewicht waren. Wojciech Wrzesiński wiederum legte im Jahre 1992 die Ergebnisse seiner Forschungen zum Thema: *Ist der Deutsche Nachbar oder Feind (1795–1939)?*¹⁹ vor. Seine Forschungen waren ausgerichtet auf die Vorstellung der Polen von den Deutschen und auf die Analyse des funktionierenden Stereotyps vom Deutschen. Er gab keine eindeutige Antwort, was verständlich ist, denn in anderthalb Jahrhunderten hat dieses Bild unterschiedliche Gestalten angenommen. Im Jahre 1945 existierte dieses Dilemma meines Erachtens nicht, denn damals sah man den Deutschen nur als Feind. In späteren Jahren präsentierten offizielle Äußerungen zwei Antlitze des Deutschen: des Polen bedrohenden, öffentlich angegriffenen BRD-Bürgers und des Verbündeten aus der östlichen Besatzungszone, später der DDR. Dieser aber — fügen wir hinzu — genoß in der katholischen polnischen Bevölkerung keine Sympathie. Die Deutschen aus der DDR wurden einfach mit den Preußen identifiziert oder galten als eine Art Preußenkommune (eine Travestie der Judenkommune).

¹⁷ Chef der Polnischen Militärmission in Berlin war Oberst Dr. Jakub Prawin, ein Vorkriegskommunist, dessen ganze Familie während der Okkupation ermordet wurde. Er selbst und seine Frau konnten sich retten, da sie sich in dem 1939 von der UdSSR besetzten Territorium befanden.

¹⁸ Dmtrów, *Niemcy* (wie Anm. 7).

¹⁹ W. Wrzesiński, *Sąsiad czy wróg? Ze studiów nad kształtowaniem obrazu Niemca w Polsce w latach 1795–1939* (Nachbar oder Feind? Studien über die Gestaltung des Bildes des Deutschen in Polen in den Jahren 1795–1939). Wrocław 1992.

Generell kann man feststellen, daß sich im Jahre 1945 im Inland und in der Emigration ein Meer offenen Hasses der Polen auf die Deutschen ergoß, was manche als eine — vielleicht unvermeidliche — Ansteckung durch den Haß bezeichnen. Das deutsche Volk wurde mit dem Hitlerfaschismus identifiziert,²⁰ und die Wurzeln dieser Bewegung sollten teutonisch und preußisch gewesen sein. Gehärtet in der faschistischen Schule von Gewalt und Barbarei, war diese breit ausgesprochene antideutsche Einstellung für die Polen eine Ersatzgenugtuung, da sie sich nicht als wirkliche Mitsieger im Krieg fühlten.

Anhänger der Anschauung von der Verantwortung des ganzen deutschen Volkes für Hitlers Taten forderten, man solle einen Wiederaufbau Berlins unterlassen, alle ehemaligen SS-Mitglieder in Kolonien deportieren, „geschlossene deutsche Viertel“ oder rentable Konzentrationslager einrichten. Ein bekannter Schriftsteller, Jan Parandowski, verlangte die Sammlung von Beweisen für die uralte deutsche Barbarei, die in einem zu diesem Zweck gegründeten „Museum des Verbrechens und der Schande“ präsentiert werden sollten. Es wäre eine polnische Entsprechung des heutigen Museums Yad Vashem in Jerusalem gewesen. Eine andere Art von Verurteilung ging vom polnischen Episkopat aus, der den Hitlerfaschismus als „braune Gottlosigkeit“ ansah und dem Protestantismus, der als „moralisch-ethischer Nährboden der braunen Bewegung“ eingestuft wurde, ein antichristliches Wesen vorwarf. Für viele katholische Schriftsteller war der deutsche Faschismus ein fremdartiges Böses, unmenschlich oder außermenschlich.

Es gab nur wenige Polen, die sich der Sicht des ganzen deutschen Volkes als eines Volkes von Verbrechern oder einer Personifizierung des Bösen widersetzen, die eine Neigung zur Dämonisierung des Deutschen bemerkten. Der „gute Deutsche“ trat nur sehr selten in Erscheinung, in der Regel zweifelte man an seiner Existenz. Die deutsche Opposition gegen Hitler fand keine Anerkennung, wurde als eine Auflehnung von Enttäuschten betrachtet. Osmańczyk und ein Teil der katholischen Publizisten verwiesen auf einen angeblichen Antagonismus zwischen den verbrecherischen Preußen und den antipreußisch eingestellten Rheinländern, die eine rasche Annäherung verdienen. Der Vorschlag dieses Publizisten, die Beziehungen zu den Deutschen auf lange Sicht zu planen, stieß in der Presse auf scharfe Kritik. Und solche, die in Polen öffentlich die Befürchtung äußerten, Gerechtigkeit könnte, und wenn es nur sporadisch geschehe, durch Rache an den Deutschen ersetzt werden, gab es nur

²⁰ Anders war es in der UdSSR, wo konsequent der deutsche Faschismus verurteilt wurde, während man das Volk als dessen Opfer darstellte.

wenige, unter ihnen der Soziologe Stanisław Ossowski, die Schriftsteller Antoni Gołubiew, Leon Kruczkowski und Jan Dobraczyński, auch der Justizminister Henryk Świątkowski.

Für einige Polen, u.a. für die Schriftsteller Tadeusz Różewicz und Tadeusz Borowski oder für Marek Edelman, einen Teilnehmer des Aufstandes im Ghetto, wurde die Abrechnung mit den Deutschen zugleich zur Abrechnung mit sich selbst. Sie stellte auf die Tagesordnung die Frage: Wie haben wir uns in der „Zeit der Verachtung“ verhalten? Aber nur wenige fanden den Mut, das Erinnerungsbild heroischer Taten einer nüchternen Prüfung zu unterziehen.

Der polnische Politologe Bronisław Pasierb unterschied vier Funktionen des deutschen Problems in den Nachkriegsjahren: die instrumentale Funktion, die Abwehrfunktion, die Kompensationsfunktion und die Integrationsfunktion. Am längsten diskontierten die Behörden das deutsche Problem als Integrationsfaktor für die polnische Gesellschaft. Der Haß gegen die Deutschen erfüllte eine wichtige Funktion zur Begründung der antideutschen Spitze der polnischen Außenpolitik, und das geopolitische Denken in Polen konnte gerade gegenüber dem besiegten Feind uneingeschränkt Ausdruck finden. Dank der Fixierung auf Deutschland schwächte sich ein anderes Motiv dieses Denkens ab: der Haß eines beachtlichen Teiles der polnischen Gesellschaft gegen die Russen. Er näherte sich aus ihren verbrecherischen Aktivitäten im ehemaligen Ostpolen besonders in den Jahren 1939–1941, aus ihrem Kampf gegen die Londoner Strömung in der Widerstandsbewegung (Heimatarmee) wie auch gegen die Bestrebungen verschiedener Untergrundgruppen nach dem Kriege, eine volle Unabhängigkeit des Landes zu erreichen. Diejenigen, die unter den Faschisten gelitten hatten, besaßen das Recht, daß ihre Wahrheit öffentlich bekannt und verhandelt wurde. Den Opfern der Verfolgungen im Osten blieb das versagt; es war eine Intention der Propaganda, daß die stalinistischen Verbrechen vergessen wurden. So gab die antideutsche Einstellung eine Möglichkeit, den antisowjetischen Komplex zu mildern. Außerdem war das Stereotyp vom Deutschen als dem einzigen, aber tödlichen Feind ein Gegengewicht zur Theorie von den zwei Feinden, die vom polnischen Untergrundstaat propagiert worden war.

Als in den Kreisen der Polnischen Sozialistischen Partei im Jahre 1948 schüchtern dazu aufgerufen wurde, ein rationales Programm der polnischen Politik zu erarbeiten, blieb das ohne Widerhall. Die offizielle Politik präsentierte ein Vierteljahrhundert lang ununterbrochen die BRD als Feind, während sie seit 1948 die Annäherung an die sowjetische Besatzungszone und später an die DDR anstrebte. Als Begleiterscheinung tauchten dabei mißlungene Versuche auf, anstelle der martyrologischen

eine heroisch-fortschrittliche Konvention des Bildes der Okkupation zu lancieren. In späteren Jahren widmete man in den Massenmedien den Gefährdungen beim Aufbau eines demokratischen Deutschlands und dem Charakter der Beziehungen der westlichen Besatzungsmächte zu Deutschland immer mehr Aufmerksamkeit.

Auf die Polen wirkte am stärksten das Stereotyp des Deutschen als eines Verbrechers, aus dem man nach einigen Jahren in der offiziellen Einstellung die Bewohner der DDR auszuklammern begann. Die Abkehr von dem fast allgemeinen Haß der polnischen Bevölkerung gegen die Deutschen vollzog sich langsam, zuerst außerhalb der Ebene offizieller Kontakte hauptsächlich unter der jüngeren Generation und den Intellektuellen.

Der deutsche Haß gegen die Polen stützte sich während des Krieges auf die rassistischen Grundsätze des Nationalsozialismus und die Rachgier, eingimpft von der Goebbels'schen Propaganda, die die Polen als Untermenschen und als Mörder von Tausenden von Volksdeutschen während des polnisch-deutschen Krieges darstellte. Es fehlt an einer wissenschaftlichen Prüfung, welche Entwicklung diese Einstellung nach 1945 durchlaufen hat. Besonders aus verschiedenen Memoiren ergibt sich aber, daß in der deutschen Bevölkerung antipolnische Einschätzungen und ein extrem negatives Stereotyp des Polen weiterhin stark und ziemlich allgemein verwurzelt waren. Der erwähnte Osmańczyk, Korrespondent im okkupierten Deutschland, hegte in den Jahren 1945–1946 keinen Zweifel, daß die Deutschen weiterhin im Haß gegen Polen erzogen würden. Auf die feindliche Gesinnung der Deutschen gegenüber allem Polnischen wirkte sich gleich nach der Befreiung deutlich die Verhaltensweise eines Teiles der Polen aus, die sich während des Krieges zur Zwangsarbeit verschleppt oder als Gefangene im Dritten Reich befunden hatten. Besonders in der britischen Besatzungszone strebten manche DPs (displaced persons) polnischer Nationalität, zusammengeballt in Lagern unter alliierter Militäraufsicht, spontan nicht nur zurück in ihre volle Freiheit, sie waren auch auf Rache aus, die in der Teilnahme an Raubzügen und Gewalttaten ihren Ausdruck fand.²¹ Der Fall Paderborn war hier charakteristisch. Bei der deutschen Bevölkerung weckte das wiederum die Neigung, zumindest alle polnischen DPs mit Kriminellen gleichzusetzen.

²¹ W. Jacobmeyer, *Problemy „Displaced Persons“ narodowości polskiej w latach 1945–1947 na terenie Niemiec zachodnich (Probleme der „Displaced Persons“ polnischer Nationalität in den Jahren 1945–1947 in Westdeutschland)*, in: *Przegląd Zachodni* (1984), Nr. 5–6. Überdies: ders., *Von der Zwangsarbeit zum heimatlosen Ausländer*. Göttingen 1985.

Die Deutschen, in ihrem besetzten Land hauptsächlich mit dem Überleben beschäftigt, empörte in bezug auf Polen vor allem die Aussiedlung ihrer Landsleute in den Jahren 1945–1949, die besonders im Anfang inhumanen Methoden der Aussiedlertransporte. Außerdem mußte nach der Ankunft in den vorgesehenen Orten der Besatzungszonen eine verarmte einheimische Bevölkerung ihnen beim Einrichten Hilfe leisten. Jahrzehntlang konnten sich die Ausgesiedelten oder Vertriebenen mit dem Verlust der Heimat im Osten und der einst besessenen Habe nicht abfinden. Wollte man die Stimmungen der polnischen Repatrianten aus der UdSSR mit denen der deutschen Aussiedler vergleichen, dann fanden sich die Repatrianten schneller mit ihrem Schicksal ab, obwohl die Integrierung der Zugewanderten in die einheimische Bevölkerung sich in einem ähnlichen Tempo vollzog wie in den Besatzungszonen Deutschlands.

Hat sich diese antipolnische Einstellung unter den Bedingungen schlechter Behandlung und Umerziehung der Deutschen durch die Besatzungsmächte abgeschwächt? Oder haben ihr die Besatzungsmächte angesichts der sich rasch verändernden internationalen Situation eher freien Lauf gelassen und sie toleriert? Ich bin nicht imstande, auf diese Frage eine Antwort zu geben, vielleicht bekommen wir sie von den deutschen Kollegen.

Die vierte Tatsache, die ich berücksichtigen möchte, betrifft die Wirkungen der Politik der polnischen Behörden und der eigenmächtigen Aktivitäten der Bevölkerung gegenüber dem während des Krieges germanisierten Teil der Einwohner der „eingegliederten Ostgebiete“ sowie gegenüber jenen Deutschen, die in dem Polen angeschlossenen Territorium östlich der Oder und in Ostpreußen lebten. Man sollte sich fragen, wie und wie sehr diese Nationalitätenpolitik, besonders die nationale Verifizierung,²² belastet war durch die destruktive Einstellung der polnischen Zuwanderer, durch die Atmosphäre der Feindschaft oder des Hasses gegen die Deutschen, durch die Kurzsichtigkeit der zentralen Behörden und der örtlichen Instanzen in den ehemals deutschen Gebieten. Ganz allgemein kann man feststellen, daß dies zu einer unvollständigen Bewältigung der Konsequenzen der Deutschen Volksliste (DVL) und zu vielen Ungerechtigkeiten in der Lösung des Problems der Autochthonen führte; auf die Dauer aber hatte es nicht wenige Folgen, die polnischen Staatsinteressen schaden.

²² Am vollständigsten dargestellt in der Arbeit von Jan Misztal, *Weryfikacja narodowościowa na Ziemiach Odzyskanych* (Die nationale Verifizierung in den Wiedererwonnenen Gebieten). Warszawa 1990.

Bereits 1970 schrieb ich, daß man sich während der Besatzung dessen bewußt gewesen war, daß die Lösung des Problems der DVL in der Zeit des Wiederaufbaus des polnischen Staatswesens eine der schwierigsten Aufgaben sein werde, die die deutsche Okkupation hinterlasse, und daß sie beachtliches Durcheinander verursachen könne.²³ Es war ein wichtiges Instrument der Nationalitätenpolitik der Behörden des Dritten Reiches, die mit seiner Hilfe authentische oder scheinbare Volksdeutsche aussonderten und aus ihnen eine privilegierte Schicht machten, während sie die übrige Bevölkerung zu Verfolgung und Schwerarbeit verurteilten. Die Menschen wurden nolens volens in eine ausweglose Situation hineinmanövriert, oft sonderte man sie unabhängig von ihrem Willen von ihrer Umgebung ab. Nach Beendigung der deutschen Besatzung wurden die in die DVL Eingetragenen von den polnischen Behörden und den Zuwandern aus anderen Teilen des Landes oft als Verräter oder Feinde angesehen, viele von ihnen wurden entgegen den geltenden Rechtsregelungen diskriminiert. Besonders scharf trat dies in Oberschlesien zu Tage. Hier verliehen Zuwanderer aus dem Kohlenrevier von Dombrowa einer solchen Einstellung Ausdruck, Menschen, die während des Krieges von den Besatzungsbehörden mit großer Rücksichtslosigkeit behandelt worden waren.

In den neugewonnenen Gebieten sollte nun die nationale Verifizierung die Autochthonen aussondern. Oft jedoch wurden Leute, die sich in der Vergangenheit deutlich in der Tätigkeit für das Polentum engagiert hatten und sich jetzt um die formale Anerkennung als Polen bemühten, als Deutsche behandelt, damit man ihre Habe übernehmen oder sich blind an ihnen rächen konnte. Leider waren in der Regel weder die dort angestellten Beamten noch die zugewanderte Bevölkerung über die komplizierten Nationalitätenprobleme orientiert, die in den Westgebieten auftraten. Das Wesen des Stereotyps vom Autochthonen ließ sich, zumindest in der ersten Zeit, zurückführen auf die Vorstellung eines Deutschen, der vielleicht ein wenig anders war als diejenigen, die man aus den Okkupationserfahrungen kannte. Dem Stereotyp des zugewanderten Polen wiederum, wie es sich die dortige Bevölkerung schuf, lag einerseits das Bild eines Plünderers oder Räubers von ehemals deutschem Vermögen zugrunde, andererseits das Bild eines verarmten Umsiedlers von jenseits des Bug. Wenn besonders anfangs die Einstellung zur einheimischen Bevölkerung sowohl seitens der Umsiedler, die bei der Repatriierung fast ihr ganzes Hab und Gut in der UdSSR zurücklassen mußten, wie seitens der Zuwan-

²³ Cz. Madajczyk, *Polityka III Rzeszy w okupowanej Polsce* (Die Politik des Dritten Reiches im besetzten Polen). Bd. 1, Warszawa 1970, S. 383.

derer aus dem ehemaligen Zentral- und Westpolen negativ war, dann lag die Ursache dafür vor allem in Vermögensfragen. Ein positives Ergebnis der nationalen Verifizierung, die am frühesten, weil schon im März 1945 im Opperlner Schlesien eingeleitet wurde, und damit die Anerkennung als Autochthone lag nicht im Interesse der polnischen Zuwanderer. Die einheimischen Einwohner polnischer Nationalität, in Oberschlesien die ehemaligen „Wasserpölacken“, waren eingeschüchtert und desorientiert. Leicht und in ziemlich großem Umfang kehrten die Zuwanderer gegen sie Drohungen, Denunziationen und falsche Beschuldigungen des Verrats am polnischen Volk, nicht selten gebrauchte man sogar Gewalt und Terror. Im Endergebnis ging in den Jahren 1945–1947 eine bei dem heutigen Stand der Forschung schwer zu bestimmende Masse einheimischer Bevölkerung für das Polentum verloren, weil sie entweder nicht positiv verifiziert oder der gebührenden Rechte und Habe beraubt wurde. Viele Familien wurden getrennt, und ein Echo dessen nach Jahren war die Aktion ihrer Zusammenführung, die Ausreise in die BRD mit diesem Ziel.

Haben die vier erwähnten Vorgänge und politischen Lösungen in der Optik des heutigen Tages ihre Bedeutung geändert? Die Antwort fällt schwer. Ich glaube, daß auf polnischer Seite eine modifizierte Sicht des Deutschlands und der Deutschen von damals den wesentlichsten Unterschied ausmacht. Das heutige Bild enthält Schattierungen, ermöglicht auf beiden Seiten ein Verständnis für Intentionen, Handlungen und durchlittene Erfahrungen. Auch das im Jahre 1945 so grelle Bild der verbrecherischen und gehaßten Deutschen milderte sich, nicht so sehr infolge einer Umerziehung, als vielmehr unter dem Einfluß der Bewunderung für ihre wirtschaftlichen Leistungen und ihren Wohlstand; bei der jungen Generation kam die Sympathie für die in Deutschland herrschende Modernität hinzu. Gefördert wird dies auch durch die seit einiger Zeit anwachsende Welle des Hasses gegen den östlichen Nachbarn.

Das Jahr 1945 leitete die erste Etappe polnischer Abrechnungen ein, inspiriert durch die Erfahrungen des Krieges und der Okkupation. Diese Etappe, als die öffentliche Meinung noch in einem gewissen Grade spontan war, weniger manipuliert als später und nicht vereinheitlicht von oben, endete im Jahre 1948. Konnte man in diesem Zeitabschnitt die emotionale Einstellung zu dem monströsen Feind und Verfolger steuern, wie es der Nationalsozialismus war? Dafür scheint das Beispiel der UdSSR zu sprechen, wo man den deutschen Faschismus vom deutschen Volk unterschied. Mir scheint aber das abweichende Beispiel Israels oder der Juden überhaupt überzeugender zu sein. Dort gelang es, die Feindschaft gegen die Realisatoren der „Endlösung der Judenfrage“ auf konstruktive Weise

zu diskontieren, indem man für die geschädigten Juden entsprechende Entschädigungen erzielte und das Gedenken an den verbrecherischen Nationalsozialismus als eine Warnung für die zivilisierte Welt festhielt, als etwas, das sich in der Zukunft nicht wiederholen darf. Als ich im Jahre 1981 an wissenschaftlichen Konferenzen in Israel teilnahm, ergriff ich das Wort auf einem Empfang bei dem Präsidenten dieses Landes (Navone), wo ich mich für eben diesen Aspekt der moralischen Verurteilung des Nationalsozialismus durch das jüdische und polnische Volk aussprach, die unter ihm am meisten gelitten haben.

Auf deutscher Seite trat die besonders klaffende Wunde, wie es das Schicksal der Aussiedler war, allmählich zurück hinter das vernunftgeleitete Gedenken einer unbedingten kollektiven Verantwortung. Die Wunde heilte im Rahmen offizieller wechselseitiger Verzeihung der erlittenen Leiden, was übrigens dem Streit um ihre Proportionen kein Ende setzte. Leider wird die polnische Wahrheit über das Schicksal der ausgesiedelten oder vertriebenen Deutschen erst in der letzten Zeit offengelegt, früher wurde sie verborgen oder erlag der Zensur.

Infolge der Aussiedlungen der Deutschen und der Repatriierungsverträge mit der UdSSR wurde Polen zum Staat einer einzigen Nation. Es fehlt nicht an der Anschauung, daß heute, angesichts des gewaltigen Anstiegs nationalistischer und separatistischer Stimmungen in Europa, das Schicksal des Landes schwer wäre, wenn es mit so zahlreichen nationalen Minderheiten wie vor dem Krieg belastet wäre, wenn es nach dem Krieg nicht zu den Aussiedlungen der Deutschen, zur Repatriierung der Ukrainer gekommen wäre.

Die Aufteilung des besetzten Deutschlands steckte für einige Jahrzehnte die Grenzen eines geteilten Europas und die Einflußzonen der Supermächte ab. Die Grenze an Oder und Neiße aber hörte erst nach einem Vierteljahrhundert auf, ein Hauptgegenstand von Kontroversen auf offizieller Ebene zu sein. Sie wurde anderen Grenzen ähnlich und überdauerte in einer sich verändernden Welt. Eine Reihe von Vereinbarungen und die allmählich vor sich gehende Normalisierung der Beziehungen förderten die Abschwächung der Feindschaft. Die erste Verständigung war das Görlitzer Abkommen im Jahre 1950, das die Grenze an der Oder und Neiße anerkannte. Die zweite war Ende 1970 der Vertrag über die Normalisierung,²⁴ der die Zeit informeller polnisch-deutscher Beziehungen abschloß (1972 Aufnahme diplomatischer Beziehungen) und die Nach-

²⁴ Vertrag über die Grundlagen der Normalisierung der Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland.

kriegsperiode beendete. In Bonn wie in Warschau wurde er mit Widerstreben ratifiziert. Die dritte Verständigung war der polnisch-deutsche Grenzvertrag von Ende 1990, ergänzt durch das Abkommen über die Nachbarschaft von Anfang 1991.²⁵ Voran ging die Initiative der Kirchen in Richtung der Versöhnung; den ersten Schritt bildete der Aufruf des Deutschen Katholikentages im Jahre 1948, ein weiterer war das Memorandum der evangelischen Kirche von 1965, das zu einem polnisch-deutschen Dialog aufrief. Diesem Standpunkt schloß sich die katholische Kirche an, im gleichen Geiste äußerten sich noch in diesem Jahr, am Vorabend von Polens Millennium, die Episkopate Polens und der BRD.

Die Teilung Deutschlands dauerte von 1945 bis 1989. Heute interessiert uns Historiker, inwiefern sie die polnisch-deutschen Beziehungen beeinflußt hat, ob sie in dieser Hinsicht ein destruktiver Faktor war.

Es bleibt noch zu betonen, daß nach dem Zweiten Weltkrieg, als zwei von Supermächten gesteuerte Blöcke entstanden waren und die nukleare Bedrohung auf der Tagesordnung erschien, die polnisch-deutschen Beziehungen keine wesentliche Bedeutung für die Fragen des Kontinents oder der Welt besessen haben. Sie waren mehr oder weniger eine Resultante der Beziehungen zwischen den Supermächten.

Abschließend stellen wir uns die Frage: War im 20. Jahrhundert „der absolute Tiefpunkt der polnisch-deutschen Beziehungen“ das Jahr 1939 oder das Jahr 1945? Meine Forschungen sprechen für das Jahr 1945. Kriege und Okkupationen sind, wenn sie nicht durch den Zustand der *debellatio* abgeschlossen wurden, etwas Vorübergehendes, so rücksichtslos sie geführt worden sein mögen. Außerdem versetzen kriegerische Konflikte, die durch den Sieg einer der Seiten entschieden wurden, meistens beide Seiten in entgegengesetzte Situationen: eine diktiert das Schicksal des unterjochten Landes, die andere unterliegt dem Willen des Aggressors. Dagegen hatten die äußeren und inneren Geschehnisse Polens von 1945 für die polnisch-deutschen Beziehungen eine langfristige Bedeutung. Die territorialen und ethnographischen Regelungen der Großmächte, die Deutschland für die Zukunft schwächen sollten, schlossen eine wichtige und vitale Mitbeteiligung Polens ein (Grenze, Aussiedlungen). Verändern konnte sie lediglich ein dritter Weltkrieg, wenn es zu ihm gekommen wäre. Ein Teil der Bevölkerung in Polen und viele Polen in der Emigration haben ihn erwartet.

²⁵ M. Tomala, Die deutsch-polnischen Beziehungen seit Abschluß des Warschauer Vertrages, in: Deutschland zwischen Krieg und Frieden. Beiträge zur Politik und Kultur im 20. Jahrhundert, hrsg. v. K.D. Bracher, M. Funke, H.-P. Schwarz. Düsseldorf 1991.